

LANDTAGSPOST MITTELFRANKEN



Ihre Landtagsabgeordneten für Mittelfranken



(v.l.n.r.) Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl, Angelika Weikert, Stefan Schuster

Unsere Themen

- 2 Söder polarisiert, spaltet und chaotisiert
- 3 Wie sich die CSU weiter von ihrem „C“ entfernt
- 4 Bangen und Warten im Notfall
- 5 Kulturhauptstadt Europa 2025: Freistaat muss auch finanziell hinter Nürnberg stehen
- 6 Unser Ziel: 350 Millionen im Jahr für Wohnungsbau
- 7 Wirtschaftsstandort Mittelfranken: die richtigen Weichen stellen
- 8 Sozialer Arbeitsmarkt – aber wie?
- 9 Praktische Tipps

Liebe Leserinnen und Leser,

als mittelfränkische Landtagsabgeordnete der SPD möchten wir Ihnen aktuell von unserer Arbeit im Bayerischen Landtag berichten. Dabei steht in dieser Ausgabe der Landtagspost nicht nur im Fokus, was wir bisher erreicht haben, sondern vor allem wofür wir uns weiter engagieren wollen.

Neben unserer Arbeit im Parlament geht der Blick auf die Landtagswahl am 14. Oktober. Mit unserem Wahlprogramm wurden am 16. Juni die Leitplanken beschlossen, wie wir Bayern und Mittelfranken weiter voranbringen wollen.

Die rund 300 Delegierten der BayernSPD haben einstimmig ein Wahlprogramm beschlossen, mit dem wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder stärken wollen. Das Spalten und Hetzen muss ein Ende haben. Mit dieser Geschlossenheit wollen wir unsere Forderungen nun angehen.

[Hier können Sie das Wahlprogramm in voller Länge nachlesen.](#)

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen der Landtagspost!

Herzlichst Ihr
Stefan Schuster, MdL

Sprecher der mittelfränkischen SPD-Abgeordneten

**Horst Arnold, MdB****Stimmkreis:** Fürth (509)**Betreuer Stimmkreis:** Ansbach-Süd (506)**Abgeordnetenbüro Horst Arnold, MdB**

Hirschenstr. 24, 90762 Fürth

Tel: 0911 / 766 0083-6 . Fax: 0911 / 766 0083-7

E-MailHomepageFacebookTwitterInstagram

Söder polarisiert, spaltet und chaotisiert

Mit einem Ankündigungsszenario, dass ob seiner Skurrilität selbst die berühmte Stoiberrede vom November 2003 in den Schatten stellt, versucht sich Dr. Söder in Szene zu setzen. Während Cyberloops und bayerischer Raketenwahn großmannssüchtigen „Mia san mia“-Phantasmen entspringen, macht Söder bei der inneren Sicherheit Ernst.

Das neue PAG (Polizeiaufgabengesetz) wurde gegen die Stimmen der Opposition mit absoluter Mehrheit durchgedrückt. Unter dem Deckmantel, die DSVGO ins Gesetz einzuarbeiten, hat die CSU nun den Generalverdacht gegenüber allen BürgerInnen als potentielle Gefährder und Terroristen etabliert. Eindrucksvolle Demonstrationen gegen das PAG wurden als „Propaganda Fehlgeleiteter“ verunglimpft. Die SPD-Fraktion hält die neuen Eingriffsbefugnisse für verfassungswidrig und klagt vor dem Verfassungsgerichtshof. Das klare Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz wird verletzt, während der Verfassungsschutz tatsächlich drohende Gefahren ohne eigene Eingriffsbefugnis aufklären darf, ist nun die Polizei befugt, Maßnahmen gegenüber Jedermann bei einer absolut unklaren Fassung des Begriffs „der drohenden Gefahr“ konkret zu ergreifen. Menschen in Gartenkolonien müssen sich demnächst nicht über einen Drohnenüberflug beim Gartenfest wundern, weil einige Kleingärtner zuvor Kunstdünger gekauft haben, der an sich geeignet ist, daraus Sprengstoff herzustellen.

Bislang erzielte die bayerische Polizei unter der alten Rechtslage sehr gut Ergebnisse: Bayern ist in der Kriminalstatistik – auch von uns begrüßt – das sicherste Bundesland. Daher gibt es keine Veranlassung, die Sicherheitsgesetze so zu verschärfen, dass die Polizei mehr Befugnisse erhält als die Staatsanwaltschaft. Ein starker Staat respektiert die Freiheit der Bürger und sorgt für gleichwertige Sicherheit. In nahezu allen Inspektionen Mittelfrankens wird permanent über Personalprobleme geklagt; Landkreisinpektionen haben gelegentlich nur zwei Fahrzeuge auf der Straße.

Denn jede zehnte Stelle in Bayern ist unbesetzt, die Vakanzen steigerten sich im letzten Jahr um 219. Bislang leisteten die Polizeibediensteten fast zwei Millionen Überstunden, die teilweise nicht mehr ausgeglichen werden können, was von einer enormen Überbelastung zeugt. Stattdessen soll ein fragwürdiges Grenzpolizeipräsidium eingerichtet werden. Damit werden weitere Stellen aus den Inspektionen abgezogen. Die enormen Neueinstellungen gleichen dieses nicht im Ansatz aus. Die Grenzschutzaufgaben liegen nach wie vor beim Bund und dies kann auch Bundesinnenminister Seehofer nicht ändern.

In sechs Großstädten sollen Reiterstaffeln installiert werden. Die Konzeptplanung dazu findet ausgerechnet bei der Polizeiinspektion Fürth statt. Während Söder die Bayerische Kavallerie anpreist, raunzt ein hoher Polizeibeamter: „**Wir brauchen mehr Zweibeiner auf der Straße statt Vierbeiner!**“ - da hat er wohl Recht!

Seit Jahren beantragen wir Mittel für eine personelle Aufstockung und die bestmögliche technische Ausstattung der Polizei. Die Staatsregierung ignoriert dies nach wie vor.



Alexandra Hiersemann, MdL

Stimmkreis: Erlangen-Höchstadt (507)

Betreuer Stimmkreis: Erlangen-Stadt (508)

Abgeordnetenbüro Alexandra Hiersemann, MdL

Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen

Tel: 09131 / 81265-44 . Fax: 09131 / 81265-34

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Asylstreit, „christliches Abendland“ und das Kreuz

wie sich die CSU weiter von ihrem „C“ entfernt

Symbolpolitik, Populismus und Wählerfang am extrem rechten Rand bestimmen immer stärker das politische Handeln der CSU. Von den Vorgaben des Ministerpräsidenten Söder werden auch Mitglieder und Verantwortliche der Kirchen abgestoßen. Die Strategie ist offensichtlich und zeigt das Menschenbild der CSU, das nichts mit dem „C“ zu tun hat, das sie plakativ in ihrem Namen trägt. Es ist ein Menschenbild, das asyl- und hilfeschuchende Menschen grundsätzlich als Schmarotzer, potentielle Kriminelle und Terroristen darstellt und die Politik nur auf Basis von Abschreckung und Drohung gestalten will. Es ist ein wahltaktisches Verhalten, das zunehmend durch verrohte Sprache, aggressive Rhetorik und durch Ausgrenzung unser Gemeinwesen spaltet. Es ist das „Futter für Rechtspopulisten“, wie es der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm kritisiert.

Strafrechtliche Ermittlungen gegen Kirchenvertreter

Die seit ca. 1 ½ Jahren angestrebten strafrechtlichen Ermittlungen gegen Kirchenverantwortliche wegen Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt von Flüchtlingen im Kirchenasyl sollten einschüchtern. Obwohl es seit 2015 eine eindeutige Vereinbarung zwischen den Kirchen und dem BAMF zum gegenseitigen Vorgehen bei Fällen von Kirchenasyl gibt, wurde eine Drohkulisse aufgebaut. Nun hat ein Oberlandesgericht entschieden: Unter den laut Vereinbarung definierten Voraussetzungen muss eine Duldung für den Flüchtling erteilt werden. In solchen Fällen liegen kein unerlaubter Aufenthalt und keine Beihilfe dazu vor. Die Ermittlungen gegen sie müssen unverzüglich eingestellt werden.

Vereinnahmung des Kreuzes durch die Staatsregierung

Ministerpräsident Söder bezeichnet das Kreuz „nicht als Zeichen der Religion“, sondern als „Bekenntnis zur Geschichte und kulturellen Prägung“ Bayerns, instrumentalisiert und verordnet es für den Eingangsbereich bayerischer Behörden. Nicht nur die Kirchen kritisieren dies heftig: Wer ein Kreuz an die Behördenwand hängt, muss sich auch an dessen Botschaft messen lassen. Es erfordert vor allem Achtung und gehört keiner Partei, keiner Staatsregierung und darf auch von dort nicht vereinnahmt oder gar missbraucht werden. In einer staatlichen Behörde sollte man Art. 1 Grundgesetz an die Wand hängen und beherzigen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

„Masterplan Asyl“ – Aufruf zum Rechtsbruch

Die europäischen Regelungen lassen es rechtlich nicht zu, dass Menschen, die Asyl begehren und keine Wiedereinreiseperrre haben, ohne eine Zuständigkeitsprüfung nach der Dublin III Verordnung, allein durch Blick in die Fingerabdruckdatei Eurodac, an der Grenze abgewiesen werden. Ungeachtet der Tatsache, dass die Flüchtlingszahlen in 2018 um ca. 20% zurückgegangen sind, verstärken Söder und Seehofer die Ängste der Menschen, um als vermeintliche Retter aufzutreten. Sie nehmen damit die Gefahr einer zunehmenden europäischen Spaltung und die Destabilisierung aus rein parteipolitischen, bayerischen Wahlkampfinteressen sehenden Auges in Kauf.

**Harry Scheuenstuhl, MdL**

Stimmkreis: Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim,
Fürth-Land (510)

Betreuer Stimmkreis: Ansbach-Nord (505)

Abgeordnetenbüro Harry Scheuenstuhl, MdL

Hohenlohestr. 7, 91452 Wilhermsdorf

Tel.: 09102 / 9936-22 . Fax: 09102 / 9936-21

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Bangen und warten im Notfall

Es sind bange Momente, die niemand schnell vergisst. Wenn dringende medizinische Hilfe benötigt wird, zählt wortwörtlich jede Minute. Vorgeschrieben ist, dass ein Rettungswagen oder Notarzt innerhalb von 12 Minuten am Einsatzort ankommen soll. Diese sog. Hilfsfrist wird oft nicht eingehalten. Jeder 10. Rettungswagen kommt zu spät.

Eine von mir initiierte Anhörung zu diesem Thema fand Ende Juni im Bayerischen Landtag statt. Ergebnis ist, dass es sicher nicht an der Motivation und dem Engagement der haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte mangelt. Diese arbeiten ständig an ihrer Belastungsgrenze – 50h-Wochen sind keine Seltenheit.

Vielmehr gibt es strukturelle Gründe:

- **Rettungsdienststandorte:** Es gibt Regionen, in denen der nächstgelegene Rettungswagenstandort zu weit entfernt ist.
- **Überlastung:** In den letzten 10 Jahren stieg die Anzahl der Notfalleinsätze um 48% auf über 1 Mio. pro Jahr. Konkret heißt das, dass jeder 10. Einwohner Bayerns jährlich einen Rettungswagen braucht. Höchst beunruhigend ist, dass sich die Zahl der nicht fristgerecht versorgten Notfälle in den letzten 10 Jahren um 91% erhöhte.

Wir fordern:

- **mehr Personal**
- **mehr Fahrzeuge**, denn es sind keine Reserven vorhanden
- **Maßnahmen gegen die Landarztsflucht**, um die Betreuung vor Ort zu stärken
- **verhinderte Schließung der Krankenhäuser und Notaufnahmen**, damit der Transportweg in die Klinik nicht so weit ist
- **Bessere Koordination**, damit es statt mehrerer nur eine Notrufnummer gibt und direkt entschieden wird, was zu tun ist

Als Mitglied im Ausschuss für Kommunales, Innere Sicherheit und Sport setze ich mich schon lange für die Belange der Rettungsdienste ein. Seit meiner Wahl zum Vorsitzenden des BRK-Kreisverbands Neustadt a.d.Aisch – Bad Windsheim im vergangenen Jahr konnte ich noch tiefere Einblicke gewinnen. Viele Besuche und Gespräche in Integrierten Leitstellen und anderen Einrichtungen



MdL Harry Scheuenstuhl (Vorsitzender des BRK-Kreisverbands Neustadt a.d.Aisch – Bad Windsheim), MdL Paul Wengert (Vizepräsident des BRK), MdL Hans-Ulrich Pfaffmann (ASB-Landesvorsitzender)



Helga Schmitt-Bussinger, MdL

Stimmkreis: Nürnberg-Süd (503)

Betreuer Stimmkreis: Roth (512)

Abgeordnetenbüro Helga Schmitt-Bussinger, MdL

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-50 . Fax: 0911 / 43896-59

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Kulturhauptstadt Europa 2025

Freistaat muss auch finanziell hinter Nürnberg stehen

Einzigartige Städte, Rockfestivals, Spitzensportler. Die Metropolregion Nürnberg ist nicht nur wegen des Aufstiegs unseres „Clubs“ erstklassig. Mit der „Triathlonhauptstadt“ Roth, dem UNESCO-Weltkulturerbe Bamberg, der Studentenmetropole Erlangen und meiner wunderschönen Heimat, der Goldschlägerstadt Schwabach strotzt die ganze Metropolregion nur von sehenswerten Orten. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass Nürnberg bei der Bewerbung für die Kulturhauptstadt 2025 nicht nur auf die eigenen Stärken setzt, sondern auf die gesamte Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN) eingeht.

Nürnberg als Kulturhauptstadt würde Synergieeffekte für die ganze Metropolregion schaffen. Deshalb hat sich die Stadt entsprechend entschlossen, die Europäische Metropolregion Nürnberg in die Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025 einzubinden. Aufgrund der Strahlkraft der Bewerbung und des Titels über Nürnberg hinaus, müssen Land und Bund das Projekt kraftvoll fördern – wie Bund und das Land Nordrhein-Westfalen bei der Metropolregion Ruhr 2010 auch. Damals hatte das Land 12 Millionen und der Bund 17 Millionen Euro beigesteuert.



Ich habe aufgrund dessen in einem Antrag gefordert, dass die Bayerische Staatsregierung die Stadt Nürnberg und die gesamte Metropolregion bei ihrer Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2025 nach besten Kräften unterstützen muss.

Nürnberg und seine Nachbarstädte haben ohne Zweifel das Potential, die visionäre, kulturelle Herausforderung, Kulturhauptstadt Europas 2025 zu werden, zu meistern. Der Titel ist identitätsstiftend für die kulturell facettenreiche Stadt Nürnberg und die Region. Ich habe deshalb gefordert, dass verantwortliche Vertreter der Stadt Nürnberg im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Landtags über den derzeitigen Sachstand der Bewerbung Nürnbergs als Kulturhauptstadt 2025 berichten können. Zudem soll die Staatsregierung prüfen, inwieweit eine finanzielle Förderung von Bund und Land für Bewerbung und Durchführung möglich ist. Auch unter Einbezug der Finanzierung bisheriger deutscher Kulturhauptstädte.

Zentraler Bestandteil der Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025 soll die Darstellung von künstlerischen, kulturellen, historischen, gesellschaftlichen und politischen Inhalten auf allen gesellschaftlichen und kulturellen Ebenen sein. Dabei geht es gemäß dem Verständnis der Stadt Nürnberg nicht um eine Aneinanderreihung von Kulturveranstaltungen. Stattdessen soll eine künstlerische Programmatik entwickelt werden, die eine europäische Fachjury überzeugt und die sowohl künstlerische Exzellenz als auch Relevanz und Attraktivität für die gesamte Stadtgesellschaft und die europäische Öffentlichkeit bietet.

**Stefan Schuster, MdL**

Stimmkreis: Nürnberg-West (504)
Betreuer Stimmkreis:
 Weißenburg-Gunzenhausen (506)

Abgeordnetenbüro Stefan Schuster, MdL

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
 Tel.: 0911 / 43896-60 . Fax: 0911 / 43896-69
[E-Mail](#)
[Homepage](#)
[Facebook](#)

Unser Ziel: 350 Millionen im Jahr für Wohnungsbau

Die SPD will Wohnungsnot und steigende Mieten angehen

Die schlechte Nachricht:

Die Mieten in Bayern steigen, in München sogar um 50% innerhalb von zehn Jahren. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt und es wird viel zu wenig gebaut.

Die gute Nachricht:

Der Großraum Nürnberg ist weniger betroffen als andere Ballungsgebiete. Die Stadt Nürnberg tut Vieles, um den Markt zu entspannen.

Unsere Forderung:

Wir wollen endlich einen Wandel in der Wohnraumpolitik. Insgesamt 100.000 Wohnungen sollen in den nächsten fünf Jahren entstehen.



Auf dem Landesparteitag der SPD in Weiden wurde das [Wahlprogramm der SPD beschlossen \(hier nachzulesen\)](#). Eines der zentralen Themen für die anstehende Landtagswahl ist die Wohnraumpolitik. Unsere Spitzenkandidatin Natascha Kohnen räumte in ihrer Rede der Wohnraumoffensive der SPD entsprechend viel Raum ein ([hier die komplette Rede im Video](#)). Dieser Fokus kommt nicht von ungefähr: Mieterschutz und neue Wohnungen sind die Themen, die die Menschen bewegen. Das muss endlich in der Landespolitik ankommen.

Die Mieten in Bayern sind in den letzten zehn Jahren flächendeckend um rund ein Drittel gestiegen. Vor allem die Städte sind durch starken Zuzug betroffen. Auch in Nürnberg steigen die Mieten und gerade Sozialwohnungen werden immer knapper. Es besteht dringender Handlungsbedarf, der Wohnungsmarkt ist aber – unter anderem Dank mehrerer Neubaugebiete- nicht so überhitzt wie in anderen Großstädten. Um mehr zu bauen muss sich der Freistaat einen Überblick verschaffen, welche der ihm gehörenden Flächen bebaubar sind. Diese Flächen sollen den Städten, Gemeinden und Genossenschaften für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Es darf bei der Vergabe nicht darum gehen, wer für ein Grundstück am meisten bietet, sondern wer es am sinnvollsten nutzt.

Das Land Bayern muss aber endlich auch selbst bauen. Die Ausgaben für sozialen Wohnungsbau sind auf einem historischen Tiefstand. Die SPD will 350 Millionen Euro in die Hand nehmen, um den Wohnungsbau in Bayern wieder anzukurbeln. In den nächsten fünf Jahren sollen so jeweils 20.000 Wohnungen entstehen (insgesamt 100.000). Davon sollen 25.000 durch eine neue staatliche Wohnungsbaugesellschaft gebaut werden. Für eine solche Wohnungsbaugesellschaft wäre bereits ein guter Grundstock an Wohnungen vorhanden – hätte sie nicht der damalige Finanzminister Söder an den Meistbietenden verschertelt. Statt sie selbst zu kaufen, wurden die 33.000 Wohnungen der GBW an ein Investorenkonsortium verkauft



Arif Taşdelen, MdL

Stimmkreis: Nürnberg-Nord (501)

Abgeordnetenbüro Arif Taşdelen, MdL

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-72 . Fax: 0911 / 43896-79

E-Mail

Homepage

Facebook

Wirtschaftsstandort Mittelfranken: Die richtigen Weichen stellen

Der mittelfränkischen Wirtschaft geht es gut. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass das so bleibt, sagt SPD-Landtagsabgeordneter Arif Taşdelen.

Die Metropolregion Nürnberg ist deutschlandweit eine der erfolgreichsten Wirtschaftsregionen. Bei einer Podiumsdiskussion der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. diskutierte der SPD-Landtagsabgeordnete Arif Taşdelen mit weiteren Vertretern aus Politik und Wirtschaft Strategien, um den wirtschaftlichen Erfolg der Region auch langfristig zu sichern.



Ausgangspunkt der Diskussion war die aktuelle Situation auf dem mittelfränkischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote fiel zwischen 2007 und 2017 von 6,5 % auf 3,9 %, besonders bei Jugendlichen, Frauen und Langzeitarbeitslosen war die Entwicklung spürbar. „Die mittelfränkische Wirtschaft ist kein Sorgenkind mehr“, so der Nürnberger Abgeordnete Taşdelen. „Das ist aber kein Grund, jetzt die Hände in den Schoß zu legen. Wir müssen schon heute über den Tellerrand schauen, damit Mittelfrankens Wirtschaft auch in Zukunft erfolgreich ist“, so Taşdelen weiter.



Zu den künftigen Herausforderungen zählen insbesondere die Digitalisierung, die alternde Gesellschaft, der Fachkräftemangel und die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund setzt sich Taşdelen ein für eine bessere Unterstützung der mittelfränkischen Betriebe bei der Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften im In- und Ausland.

Zudem unterstreicht Taşdelen die Wichtigkeit von Qualifizierung: „Wir brauchen eine fortlaufende und umfassende Modernisierung der beruflichen und universitären Bildungseinrichtungen. Qualifizierung ist einerseits das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

Zum anderen bringt sie die Region als Standort für Kreativität und Innovation noch weiter voran“, erklärt Taşdelen. Ebenso befürwortet er eine Ausbildungsgarantie, die es interessierten Jugendlichen ermöglicht, eine duale oder schulische Berufsausbildung zu beginnen und erfolgreich abzuschließen.

Angesichts der Digitalisierung fordert er, die Betriebe nicht alleine zu lassen. „Die Digitalisierung bietet zwar zahlreiche Vorteile. Sie bringt aber auch Unsicherheiten und Herausforderungen mit sich, die wir ernst nehmen müssen. Nur im Dialog können wir Mittelfranken langfristig als Wirtschaftsstandort sichern, der den kleineren und mittleren Betrieben wie auch den Arbeitnehmern und schließlich den Endverbrauchern attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen bietet.



Angelika Weikert, MdB

Stimmkreis: Nürnberg-Ost (502)

Betreuer Stimmkreis: Nürnberger Land (511)

Abgeordnetenbüro Angelika Weikert, MdB

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-40 . Fax: 0911 / 43896-49

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Sozialer Arbeitsmarkt – aber wie?

Nach Jahren, in denen es kaum Bewegung gab, sinkt nun auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Ein Teil der Betroffenen kann jedoch von dieser Entwicklung nicht profitieren. Sie verharren seit teilweise mehr als fünf Jahren im Hartz-IV Bezug. Wir als Sozialdemokraten können und wollen das nicht hinnehmen. Das zeigt die rege Diskussion der letzten Wochen darüber, wie man langzeitarbeitslose Menschen an den regulären Arbeitsmarkt heranführen, oder ihnen zumindest eine Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben bieten kann.



Das bedingungslose Grundeinkommen, bei dem jeder unabhängig von seinem Alter und ob er Einkommen durch Arbeit oder Kapitalerträge erzielt, einen Betrag um die 1.000 Euro im Monat erhält, ist für mich keine Option.

Es führt nur für wenige zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung – einen großen Teil der Gesellschaft lässt es mit dem Wandel in der Arbeitswelt allein. Sie bleiben ohne echte Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben und werden, ohne einen eigenen Beitrag leisten zu müssen beziehungsweise zu können, alimentiert. Es sollte uns zu denken geben, wenn Spitzenmanager, wie Siemens-Vorstandschef Joe Kaeser ein Modell zur Neugestaltung unseres Sozialstaates befürworten.

Nicht damit verwechselt werden darf das solidarische Grundeinkommen, das der regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, vorgeschlagen hat. Es soll Hartz-IV nicht ersetzen, sondern ergänzen. Im Prinzip handelt es sich um ein weiteres Konzept für die Ausgestaltung eines sozialen Arbeitsmarktes, bei dem Langzeitarbeitslose bei ausschließlich öffentlichen Arbeitsgebern rein gemeinnützige Tätigkeiten übernehmen. Interessant ist jedoch die Tatsache, dass es auf Freiwilligkeit basiert und somit grundsätzlich einen interessanten Denkansatz für die weitere Debatte darstellt.

Die größte Schwäche an „Hartz-IV“ ist, dass der Grundsatz „Fördern und Fordern“ immer stärker aus dem Gleichgewicht geraten ist. Andrea Nahles hat als Bundesarbeitsministerin in den letzten vier Jahren den Fokus wieder stärker auf das „Fördern“ gelegt. Im neuen Koalitionsvertrag hat die SPD durchgesetzt, dass ihr Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ zum Regelinstrument wird. Für die Teilhabe von bis zu 150.000 Menschen sowohl auf dem ersten als auch auf dem sozialen Arbeitsmarkt sind 4 Mrd. Euro bis 2021 in Form von Lohnkostenzuschüssen vorgesehen. Darüber hinaus erhalten die Länder die Möglichkeit, den „Passiv-Aktiv-Transfer“ anzuwenden. Dieser wandelt Arbeitslosengeld II und die Kosten der Unterkunft in einen Zuschuss zu den Lohnkosten um, ohne das Budget für andere Unterstützungsangebote zu belasten. Vor allem ist aber vorgesehen, auch Partner und Kinder von Langzeitarbeitslosen stärker mit in den Blick zu nehmen. Durch das Nürnberger Projekt „Perspektiven für Familien“ wissen wir, dass dadurch sowohl die Arbeitsmarktintegration als auch die gesellschaftliche Teilhabe der gesamten Familie besser gelingt.

Praktische Tipps und Informationen

Transparenz im Landtag – so einfach ist es, Sitzungen zu besuchen

Wussten Sie, dass die Sitzungen im Bayerischen Landtag öffentlich sind?

Für Besucher und Presse gibt es im Plenarsaal eine extra Tribüne. Häufige Zuschauer bei unseren Plenarsitzungen sind Besuchergruppen aus den Stimmkreisen, die eine Informationsfahrt machen.

Es gibt aber auch für Einzelpersonen die Möglichkeit, an Plenarsitzungen des Bayerischen Landtags teilzunehmen. Jeder und jedem steht es frei, mit einer Begleitperson Sitzungen von der Besuchertribüne aus live zu verfolgen. Dafür kann man sich online für den Wunschtermin anmelden.

Auch in den Sitzungsräumen, in denen die Ausschüsse des Landtags tagen, gibt es Plätze für Besucher. Für die Teilnahme an einer Ausschusssitzung muss man sich nicht vorher anmelden. Solange Plätze vorhanden sind, kann man sich an der Pforte dafür anmelden.

Hier finden Sie weitere Informationen

- [Anmeldung und weitere Informationen für Einzelbesucher](#)
- [Hier geht's zum Sitzungskalender des Plenums und der Ausschüsse](#)
- [Hier findet Sie die aktuellen Tagesordnungen des Plenums und der Ausschüsse](#)

Der Landtag bietet darüber hinaus einen [Livestream \(hier\)](#) für alle Plenarsitzungen an. Die Sitzungen des Landtags können Sie auch nachträglich noch im [WEB-TV des Landtags \(hier\)](#) nachverfolgen.

Vielleicht dürfen wir Sie ja schon bald auf der Besuchertribüne begrüßen!

Unser
Mittelfranken.

Selbstbewusst.
Erfolgreich.
Heimatverbunden.



BayernSPD Landtagsfraktion

Impressum:

Verantwortlich: Stefan Schuster
Mitglied des Bayerischen Landtags
Abgeordnetenbüro Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
Telefon: 0911 / 438 96 60
buero@stefan-schuster-mdl.de